

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Interate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 35.

Donnerstag, den 11. Februar 1915.

22. Jahrg.

Im fernen Osten.

Als Japan sein Ultimatum an Deutschland stellte, da galt als Grund einmal die Eier nach Tsingtau, dann aber das Bündnis mit England. Tsingtau ist inzwischen gefallen und die Japaner haben erklärt, einfach in den deutschen Pachtvertrag eintreten, d. h. den Hafenplatz behalten zu wollen. Um die Sophisterei, nur bei der widerstandslosen Ueberlassung Tsingtaus von Deutschland sei der sofortige Rückfall des Pachtgebiets an China in Aussicht gestellt worden, braucht man sich wirklich nicht zu kümmern; es war vorauszu sehen, wie es denn auch gekommen ist, daß der Hafen und weiter die Konstituierung der chinesischen Provinz Schantung als japanisches Einflußgebiet der Bündnislohn Japans war. In der Tat haben sich denn auch die Japaner mit außerordentlicher Fügigkeit in „ihrem“ Anteil am chinesischen Reich festgesetzt. In Washington, wo man Japans Handlungen begreiflicherweise genau überwacht und wo man überdies die „offene Tür“ in China sichern möchte, war man natürlich nicht entzückt; aber es blieb bei einem Stirnrunzeln. Schon deswegen, weil doch Japan der Verbündete Englands ist und für die nordamerikanischen Regierungsleute England der Freund ist.

Nun wird aber Japans Politik sehr bedenklich, und nicht nur für die Amerikaner. Auch die Russen fahren erschreckt auf, und mit gutem Grund. Seit langem hat ihre Streben ein doppeltes Ziel, den „nahen“ und den „fernen Orient“. Unter dem nahen Orient verstehen sie die Küstenländer des Schwarzen Meeres und besonders auch den Bosphorus und die Dardanellen, die ihnen den sichereren Zugang zum Mittelmeer und damit die Möglichkeit zur Machtentfaltung auf See bieten sollen. Als fernen Orient betrachten sie Ostasien, wo sie die Gebiete um das Gelbe Meer unter ihre Herrschaft bringen wollen, natürlich mit beträchtlichem Hinterland. Bald intrigierten und kämpften sie für das eine, bald für das andere Ziel, behielten aber stets beide im Auge. Nach dem für sie so verhängnisvollen Krieg vor einem Jahrzehnt mußten sie bereits eingekommene Stellungen am Gelben Meer den Japanern überlassen, behielten aber doch einen Fuß in der Mandschurei, von wo aus sie unter günstigen Verhältnissen immer wieder vordringen konnten; außerdem gab ihnen die Umwälzung in China Gelegenheit, die als Zwischengebiet wichtige Mongolei unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. So gewissermaßen durch geschobene Posten in Ostasien für die Zukunft in Bereitschaft, wendeten sie ihre Aufmerksamkeit wieder dem nahen Orient zu, sorgten für die Balkankriege, bereiteten mit London und Paris den europäischen Krieg vor und ließen noch vor wenigen Tagen verkünden, daß der Bosphorus und die Dardanellen ihnen zufallen müßten. Dies erreicht, hätte man wieder in Ostasien das Spiel beginnen können.

Doch die Japaner sind mindestens ebenso schlaue Politiker wie die Russen und in der Ausnutzung der Gelegenheit ohne jegliches Bedenken. Die Hilfskräfte Frankreichs nach einer rettenden japanischen Armee fanden in Tokio taube Ohren; denn in Europa selbst ist ja für Japan nichts zu holen, und was als Lohn in Asien versprochen wurde, wie das französische Indochina, kann sich der Mikado zu jeder ihm genehmen Zeit ohnedies holen. Viel wichtiger war es für die Japaner, eine kann niemals wiederkehrende Gelegenheit, wie sie der europäische Krieg bietet, so auszunutzen, daß ihre Macht ins Unermeßliche vergrößert wird durch die Herrschaft über China.

Um nichts weniger handelt es sich bei dem, was durch die russische Presse jochen bekannt wird.

Nach einer Pekinger Depesche der „Rustoj Slowo“ soll nämlich Japan an China folgende (von uns im gestrigen Blatt bereits veröffentlichte) Forderungen gestellt haben: Verlängerung der Abtretung von Daino und Port Arthur auf 99 Jahre, terminlose Verlängerung des Vertrages über die südmandschurische Bahn, Handelsfreiheit für Japan in China und das Recht des mobilisierten Japans in China und das Recht der südmandschurischen und Mongolei in die japanische ausschließliche vorbehaltenen Interessenzonen, terminlose Konzession der Schantungbahn und der Schantungbergwerke, Uebertragung der Infrastruktur des chinesischen Heeres und der chinesischen Marine an japanische Offiziere, die Ernennung japanischer Räte in den chinesischen Ministerien für Finanzen, Unterricht und Verkehr, Einführung der japanischen Sprache

in den chinesischen Schulen, welche fremde Sprachen lehren.

Die Verwirklichung dieser Forderungen wäre nichts anderes, als die allerdings etwas verschleierte Unterstellung Chinas unter das Protektorat Japans. Heer und Marine unter dem Befehl von Japanern, und die Ministerien unter dem zwingenden Einfluß von Japanern — was bliebe dann noch an weltlicher Selbständigkeit Chinas? Wirtschaftlich käme das Riesreich unter Japans Macht durch die Privilegien, die dessen Angehörigen eingeräumt werden sollen. Und daß die (innere) Mongolei unmittelbar japanische Interessenzonen werden soll, bedeutet die Aufrichtung einer Barrikade gegen Rußland, ebenso wie die Bestimmung über die Südost-Mandschurei. Zusammengekommen enthalten diese Forderungen den Plan der Zusammenfassung Ostasiens und dessen Abperrung gegen europäischen oder amerikanischen Einfluß.

Daß das russische Blatt in dieser Zeit unter der strengen Zensur die Nachricht bringen darf, ist wichtig. Unter andern Umständen hätte man sie auffassen können als ein Manöver, Europa und Amerika gegen Japan aufzuputtschen. Heute aber könnte sie, wenn falsch, nur Rußland selbst schaden, indem sie ihm während seines Krieges im Westen und seines Bemühens, sich den Ausweg aus dem Schwarzen Meer zu öffnen, die Gefahr vor Augen führt, das andere Ziel im fernen Osten auf immer aufgeben zu müssen.

Sehr wahrscheinlich um diese Wirkung abzuschwächen, fügt die „Rustoj Slowo“ denn auch hinzu, die Aufstellung dieser Liste japanischer Forderungen sei der unter deutschem Einfluß stehenden chinesischen Presse zugeschrieben. Aber wenn dies der Fall wäre, warum dann dem Schreckschuß zur Wirkung verhelfen? Und warum die Zusicherung, gegen die Uebernahme der deutschen Erbchaft in Schantung durch Japan hätte Rußland nichts einzuwenden? Es liegt ganz im Zug der natürlichen Politik Japans, daß es den Weltkrieg benutzte, um die Oberherrschaft über das jetzt militärisch schwache China zu erlangen. Außerdem weiß man ja, daß die sogenannte Kontinentalpartei schon längst dieses Ziel ganz offen aufgestellt hat, und daß es eigentlich nur eine Frage der Gelegenheit ist, ob sie oder die Inselpartei zuerst an die Verwirklichung ihres Programms gehen kann. Beide Parteien sind für die Ausdehnungspolitik, für die Verbreitung der japanischen Herrschaft. Aber während die Kontinentalpartei zunächst China (wie schon vorher Korea) in Angriff nehmen will, trachtet die Inselpartei in erster Linie nach Ausdehnung des Machtbereichs im Stillen Ozean, mit dem weiteren Gedanken, eine Brücke nach dem lockenden Australien oder gar nach Amerikas Westküste zu bekommen. Doch wie Rußlands Wendepolitik zwischen dem nahen und dem fernen Orient einen inneren Gegensatz nicht hat, so schließt auch die japanische Kontinentalpolitik die Inselpolitik nicht aus. Nur weil die Kräfte vorläufig nicht ausreichen für die eine wie für die andere, hat diese oder jene Richtung zeitweise den Vorrang.

Für Deutschland hat augenblicklich die japanische Politik nur das Interesse, daß sie die Koalition unter allen Umständen schwächt und die Freunde der Koalition sehr bedenklich machen muß. Wenn, wie es höchst wahrscheinlich, Japan wirklich die chinesische Republik unter sein Protektorat bringen und sich ausdrücklich eine Schranke gegen Rußland aufrichten will, so bedeutet das, das Jarentreich vor die Frage stellen, ob es zu Ruß und Frommen für England noch ferner in ganz aussichtslosem Kampf einen Teil der deutschen Streitkräfte auf sich ziehen und dadurch die Entscheidung im Westen hinauszuziehen will, unter Preisgabe der eigenen Position im fernen Osten. Andererseits wird durch Japans Vorgehen den braven Briten die Aussicht eröffnet, daß der gelbe „Bundesgenosse“ sich die Möglichkeit schafft, das ungeheure Wirtschaftsgebiet Ostasiens zu erschließen und außerdem in naher Zukunft mit verstärkter Macht in der Richtung nach Australien vorzudringen. Für die braven Amerikaner aber, die ihre „Neutralität“ so klug und sympatisch zu gunsten der Feinde Deutschlands zu betätigen wußten, bedeutet jede Machterweiterung Japans eine Erhöhung der Gefahr, die nicht nur den Philippinen und Hawaii, sondern auch Kalifornien droht.

Gewiß glaubten die Gren, Cassanow und Dekasse, einen Meisterstreich zu machen, als sie die Japaner in ihr Bündnis hineinzuzaubern und ihnen die kleine deutsche

Station in Ostasien als Beute zusagten. Es war ja mindestens eine bedeutende Verstärkung der englischen Seemacht, wenn sie ihre Schiffe aus jenen Gewässern nach Europa rufen konnte, und außerdem fand der Handelsneid seine Befriedigung in der Zerstörung des deutschen „Prestiges“. Für Rußland war das Bündnis eine Rückendeckung, und in Frankreich begrüßte man jede Stärkung der Koalition als eine weitere Garantie für das Gelingen des Revanchepianes.

Jetzt entpuppt sich der hochgeschätzte Verbündete als ein sehr gefährlicher Teilhaber. Nicht nur versagt er, nachdem er seine nächsten eigenen Zwecke erreicht hat, kaltblütig jede Hilfe, die doch — ach! — so nötig gebraucht würde; sondern er schickt sich auch an, in aller Ruhe Pläne durchzuführen, die ihm für die Zukunft eine Stellung sichern, von deren Höhe herab er den lieben Freunden den Weg aus Asien zeigen kann, sobald er Lust hat.

Es ist ein Stück Nemesis, was wir sich vollziehen sehen. Bei Rußland war die rohe Form des Imperialismus, die gewalttätige Ausdehnung des Gebiets, maßgebend; nun schneidet ihm das „verbündete“ Japan im fernen Osten jede Möglichkeit ab und in Europa sieht es seine Heere zurückgedrängt. England gedachte den Industrie- und Handelskonkurrenten niederzuwerfen und nebenbei alle Wege nach Asien (Mesopotamien!) unter seine Kontrolle zu bringen; nun ist der Suezkanal, seine Lebensader, ernstlich bedroht, Ägypten steht auf dem Spiel, und der liebe „Verbündete“ im Osten bemächtigt sich eines großen Marktes und schiebt bereits nach Anliegendes Gebiet, das der angelsächsischen Rasse unbedingt gesichert sein sollte. Dazu der Verlust der allerdings mehr auf Fiktion, als auf tatsächlicher Macht beruhenden Seeherrschaft, was sich ausdrückt in der Belagerung des Inselreichs durch deutsche Unterseeboote.

Wir erwarten gewiß nicht, daß sich die inneren Widersprüche der künstlich zusammengebrachten Koalition auf einmal so verwirren, daß ein plötzliches Auseinanderfallen eintritt. Aber die Lähmung hat bereits begonnen und wird fortschreiten, nicht zum wenigsten dadurch, daß im fernen Osten die Gegensätze klar werden.

Von den Kriegsjahresplänen.

Nach von polnischen Organen der „Nowoje Wremja“ entnommene Meldungen sollen die Deutschen an mehreren Punkten die russischen Stellungen vor Warschau gebrochen haben. Diese Nachricht ist bisher noch nicht bestätigt worden und kann deshalb auf ihre Richtigkeit hin nicht nachgeprüft werden. Da sie aber aus russischer Quelle kommt, dürfte sie wohl zutreffen.

In der Bukowina ziehen sich die Russen immer weiter auf die Hauptstadt Czernowit zurück. Eine Reihe strategisch bedeutungsvoller Städte und Ort sind bereits wieder in österreichisch-ungarischem Besitz. Hoffentlich gelingt es recht bald, die Russen völlig und endgültig aus der Bukowina herauszuwerfen.

Die Ankündigung der englischen Admiralität bezüglich der falschen Flaggenführung englischer Handelsschiffe hat schwedische und holländische Reedereien auf den Gedanken gebracht, ihre Schiffe durch Anstriche in den Landesfarben, Holztafeln usw. kenntlich zu machen. Wir möchten nur wünschen, daß es dem neutralen Handel gelingen möge, Mittel und Wege ausfindig zu machen, welche die englische „Kriegslist“ illusorisch machen. — Die veränderte Situation hat zu einem Beschluß der drei nordischen Reiche geführt, demnachst in einer Zusammenkunft die evtl. zu ergreifenden Maßnahmen zu beraten.

In der russischen Duma hat man sich eingehend mit der Kriegslage beschäftigt. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß man dort Deutschland als den Wolf hinstellte, der dem armen Lämmlein Rußland das Wasser getrübt hat. Die Türkei ist natürlich nur durch die Arglist der Deutschen in den Krieg hineingetrieben worden. Der Ministerpräsident Streymkin kündigte in seiner Rede die Einverleibung von

Galizien in das russische Reich und etwas weniger bestimmt die Besetzung des Bosphorus und der Dardanellen an, natürlich mit dem Vorbehalt, daß erst der Einkreisungsverband siegen müsse. Den Ministerpräsidenten löste dann Herr Cassanow ab, der im Auftrag der Großfürstenpartei Rußlands auswärtige Politik machte und macht. Nach seinen Ausführungen bestand ein grober Anschlag Deutschlands und Oesterreich-Ungarns auf Serbien und — Belgien; da hätte Rußland nichts anderes tun können, als „zur Verteidigung des mißhandelten Rechts zu schreiten“. In diesem lässlichen Bestreben sei dann Rußland von Frankreich, England und Japan unterstützt worden und infolge davon „reichten die standhaften russischen Truppen den Verbündeten die Hand und fügten ihrer Ruhmeskrone neue Lorbeeren hinzu“. Mit heiterer Ruhe verkündete dieser Minister dann, „die russischen Truppen marschieren jetzt auf ihr Ziel zu“ — wahrscheinlich Moskau oder Petersburg, je nachdem Hindenburg sich entschließt.

Was weiter geredet wurde, bewegte sich in den bekannten Bahnen: Rußland bekämpfe den germanischen Militarismus und verteidige den Gedanken der Menschenliebe, Humanität und des Rechtes. Ein vorzeitiger Friedensschluß wäre ein Verbrechen gegen das Vaterland und die Humanität, folglich sei Rußland bereit zu jedem Opfer, bis Deutschland gänzlich niedergeschlagen sei. Rußland kämpft also für Menschenliebe und Humanität. Wenn die Sache nicht so bitter ernst wäre, dann müßte man über diese Worte lachen!

Schließlich wurde folgende Tagesordnung einstimmig angenommen: „Die Duma verneigt sich vor den ruhmreichen Taten unserer Krieger und sendet der russischen Armee und Flotte warme Grüße und den Verbündeten aufrichtig gemeinte Ehrenbezeugung, Achtung und Sympathie. Sie drückt das feste Vertrauen aus, daß die großen nationalen und freiheitlichen Ziele des gegenwärtigen Krieges erreicht werden und spricht unbedingten Entschluß des russischen Volkes aus, den Krieg zu führen, bis die Bedingungen, welche den Frieden Europas und die Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit sichern, dem Feinde aufgezwungen sind.“

Sehr unangenehm dürfte der Dreiverband berührt sein durch die jetzt gemeldete Demobilisierung Portugals. Sollte Portugal auch nicht als Mittel in dem gewaltigen Rüstungskrieg ausrichten können, so wäre doch die Beschlagnahme der zahlreichen deutschen und österreichischen Schiffe, die in portugiesischen Häfen liegen, sehr angenehm für den Dreiverband gewesen. Nun wird auch daraus nichts werden, da Portugals Regierung genau weiß, daß sie sich mit einem aktiven Eingreifen in den Weltkrieg selbst ihr eigenes Grab gegraben hätte.

Gegen Frankreich und Belgien.

Ein deutscher Beamter von den Franzosen erschossen.

Das „Echo de Paris“ meldet aus Saigon, daß ein Beamter des deutschen Konsulats, namens Krich, der vom Kriegsschied von Coblenz wegen antinationaler Propaganda zum Tode verurteilt worden war, am 7. Februar erschossen wurde. Zwei Mitanzeige wurden zu Zwangsarbeit verurteilt.

Gegen Rußland.

Acht der Raufen aus der Satowina.

Der englische Bericht der österreichisch-ungarischen Heeresleitung vom gestrigen Tage besagt:

Die allgermane Lage in Polen und Ost-Galizien ist unruhig. Die Kämpfe in den Karpaten dauern an. Die Satowina ist bis zur Sargassa vom Feinde geblieben, der holländische Nachdruck zur Rückeroberung der unbedeutendsten Städte begrüßt die Verbündeten unter verschiedenen Umständen.

Gegen England.

Vernehmung der Marinemannschaften.

Am 8. Februar veröffentlichtes englisches parlamentarisches Verbot fordert die Vernehmung der Marinemannschaften um 32 000 Mann.

Millionen für Spione!

Die Finanzkommission des englischen Unterhauses hat Sir H. Campbell an, wie es komme, daß die Millionen von Spionen für den Geheimdienst in Deutschland von britischen Agenten beschützt sind, gar nicht bemerkt und gemeldet worden sei.

Es ist interessant zu vernehmen, daß das immer nur aus den Worten besteht: „England will nicht an der Hand der Deutschen sein“. Und das wird auch nicht nur in England, sondern auch in Frankreich, Deutschland und dem spanischen Verbündeten nicht anders und da werden es die verantwortlichen Männer an der Spitze der künftigen Regierung zu sein.

Der Seekrieg.

Die Irrfahrt der „Emden“-Mannschaft.

Aus Konstantinopel meldet man der Frankfurter Zeitung: Es muß eine wahre Irrfahrt gewesen sein, welche die gerettete Mannschaft der „Emden“ bis zu ihrer Ankunft auf türkischem Boden erlebt hat. Von Sumatra aus hat sie in verschiedenen Kreuzfahrten auf einem Schlepper den Indischen Ozean passiert. Vollständig unbemerkt kam sie in Somaliland an, von dort durchfuhr sie bei Nacht die Straße von Berim, worauf es ihr glückte, südl. von Hobeida zu landen. Sie erhielt rechtzeitig die Meldung, daß sich vor Hobeida ein französischer Kreuzer befindet. Gerettet sind insgesamt 5 Offiziere, mehrere Unteroffiziere und 40 Mann. Sie führten mehrere Maschinengewehre, ferner Mausergewehre und reichliche Munition mit sich.

Weitere Opfer deutscher Unterseeboote?

Aus London meldet man der „Frankf. Ztg.“ indirekt: Die Admiralität berichtet, daß am 6. Februar 9 Rettungsboote bei Rye an der Südküste von England gefunden worden sind, die die Aufschrift „Driole“ trugen. Man fürchtet, daß der Dampfer „Driole“ der Allgemeinen Dampfschiffahrt-Gesellschaft, der am 29. Januar London verließ, und am 30. Januar in Havre erwartet wurde, durch daselbe deutsche Unterseeboot versenkt worden ist, das auch die Dampfer „Taku Maru“ und „Staria“ versenkt hat.

Die am Dienstag in Rotterdam eingetroffene Nummer der „Times“ enthält in fetten Lettern folgende Überschrift: „Ein englisches Schiff samt Besatzung verloren! Einem Unterseeboot begegnet!“ Im Text ist jedoch die Nachricht, auf die die Überschrift schließen läßt, nicht zu finden. Vermutlich ist die Nachricht unter dem Druck der Zensur im letzten Augenblick aus der „Times“ entfernt worden. Man kann daraus schlußfolgern, daß die englische Handelsflotte einen weiteren Verlust erlitten hat, den man jetzt zu verheimlichen sucht.

Wie es gemacht wird.

Eine nette Enthüllung, mit welchen unfairen Mitteln die englische Admiralität arbeitet, um der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen, wird jetzt aus London gemeldet. Im „Daily Express“ taucht Arnold White die englische Admiralität und nennt es töricht, dem Volk systematisch die Wahrheit zu verhehlen. Die Behauptung deutscher Blätter, nach der Schlacht bei Coronel sei der englische Kreuzer „Glasgow“ gesunken, wurde von der Admiralität bestritten, und die Nachricht kam, daß „Glasgow“ in Rio de Janeiro eingelaufen sei. Jetzt ergibt sich zweifellos aus dem Bericht südamerikanischer Blätter, daß das Schwesterkreuzer „Bristol“ in „Glasgow“ umgetauft worden ist, um deren Verlust zu verbergen. Nur vergaß man, die Aufschrift der Rettungsboote und Gürtel zu verändern, wodurch die Sache an den Tag kam. Auch der abgelegnete Kreuzerverlust in der Nordsee wird sich auf die Dauer nicht verhehlen lassen.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Auspeitschung deutscher Gefangener durch Engländer?

Aus Genf wird berichtet: Die britische Handelskammer in Paris als offizielle Vertreterin der australischen Regierung in Frankreich erhielt vom Kommissar der australischen Consideration folgende Benachrichtigung: Der Dampfer „Moronga“, der am 13. Dezember von Rabaul in Sidney anlangte, führte eine Anzahl deutscher Gefangener mit sich, darunter diejenigen, die angeblich den britischen Missionar Cor in Neu-Straland haben auspeitschen lassen. 25 Mann von dem Expeditionskorps wurden beauftragt, dieser Deutschen händeln zu werden. Man benutzte sie, daß sie sich mit Gewehren in die Berge geschleift hätten. Sie wurden gefangen und am 30. November nach Rabaul gebracht und dort öffentlich im Beisein der Administratoren und in Gegenwart von etwa 50 dort befindlichen Engländern ausgepeitscht, während die Bezaugung des Schiffes „Moronga“ die Bewachung stellte.

Die portugiesische Mobilisierung eingestellt.

Nach einer Meldung der „Fürcher Ztg.“ aus Lissabon hat Ministerpräsident Castro die Einstellung der Mobilisierung in Portugal verfügt.

Wie das Pariser „Petit Journal“ aus Lissabon meldet, zeigt die neue Regierung keine Geneigtheit, den Forderungen der Dreimächte auf Beschlagnahme der in den portugiesischen Häfen bei Kriegsausbruch befindlichen fremdländischen Handelsfahrzeuge zu entsprechen. In den portugiesischen Häfen befanden sich bei Beginn der Mobilisierung insgesamt 168 deutsche und österreichisch-ungarische Handelsdampfer.

Der Ankauf deutscher Schiffe

in den Vereinigten Staaten ist von der Regierung unterbunden worden. Sie gab die Erklärung ab, daß sie künftig die amerikanische Flagge auf von den Deutschen angekauften Schiffen nicht mehr dulden werde.

Die Japaner richten sich in Tsingtau häuslich ein.

Wie die Petersburger Agentur aus Tokio meldet, hat die japanische Regierung einen Kredit von 110 Millionen Yen angewiesen zur beschleunigten Vornahme strategischer Anlagen in Tsingtau und der Provinz Schantung.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Ergebnis des Wehrbeitrages.

Vom Wehrbeitrag ist die zweite Quote wohl noch zum großen Teil nicht einbezahlt und ganz abgesehen

von der dritten Quote, die erst im nächsten Jahre fällig wird, läßt sich das endgültige Ergebnis des Wehrbeitrages noch nicht übersehen. Die „Berl. Vol. Nachr.“ glauben jedoch, daß die bisher erfolgten Beitragszahlungen unter allen Umständen zu der Feststellung berechtigen, daß die Bemessung der Ergebnisse des Wehrbeitrages, zu der sich die Mehrheit des Reichstages verstanden hat, und die Gesamtsumme, die der Reichstag als Einnahme für die Etatsjahre 1913 bis 1915 in Aussicht genommen hat, über den in Wirklichkeit zu erwartenden Betrag hinausgeht. Bei der Finanzierung des Wehrgesetzes von 1913 hat der Reichstag, während die Reichsfinanzverwaltung den Höchstbetrag des Wehrbeitrages auf 950 bis 1000 Millionen Mark veranschlagt hatte, eine Summe von 1200 Millionen Mark zugrunde gelegt. Demgemäß sind durch den Nachtragset für 1913 416,8 Millionen Mark, durch das Etatsjahr von 1914 393,8 Millionen Mark, für die beiden ersten Raten also 810,6 Millionen Mark bewilligt worden. Mithin würde im Reichshaushaltset für 1915 als dritte Rate des Wehrbeitrages eine Summe von 390 Millionen Mark auszubringen sein. Man könnte aber füglich bezweifeln, ob ein solcher Einnahmebetrag für das Jahr 1915 angenommen werden könne, nachdem die Erfahrung gemacht sei, daß die Eingänge aus den beiden ersten Raten hinter den dafür angelegten Einnahmebeträgen erheblich zurückgeblieben sind. Die unausbleibliche Folge müsse sein, daß eine Kürzung des letzten Drittels des Wehrbeitrages, für die im Wehrbeitragsgesetz Bestimmung getroffen ist, keinesfalls in Frage komme und daß darüber hinaus die finanziellen Grundlagen des Wehrgesetzes von 1913 notleidend würden und einer Ergänzung bedürftig. Es handelte sich dabei, wenn die bisherigen Ergebnisse des Wehrbeitrages im großen und ganzen mit den bei Begründung der Vorlage aufgestellten Berechnungen der Reichsfinanzverwaltung übereinstimmen, um einen Minderertrag von etwa 200 Millionen Mark.

Ob das endgültige Ergebnis des Wehrbeitrages für die Durchführung des Wehrgesetzes von 1913 ausreichen wird, kann man um so mehr bis zu dem Zeitpunkt dahingestellt sein lassen, an dem der volle Betrag feststeht, als ja der Krieg ohnehin die Durchführung wenigstens zeitweilig unterbrochen, in der Praxis des Krieges aber weit darüber hinausgeführt hat.

Ein Eisenbahnleihegesetz

ist dem preussischen Landtage zugegangen. Es fordert insgesamt einen Kredit von 207,9 Millionen Mark. In neuen Eisenbahnen ist nur der Bau einer 31,9 Kilometer langen Haupteisenbahn von Riesenburg nach Mismalbe vorzusehen, die zirka 13 Millionen erfordert. Auf den Bau von dritten und vierten Gleisen entfallen über 6, auf sonstige Bauten 12 1/2 Millionen Mark. Der Hauptanteil der Anleihe entfällt mit 174 600 000 Mark auf Beschaffung von rollendem Material. Für Kleinbahnen sind 1 1/2 Millionen Mark angelegt.

Eine strenge Grenzkontrolle

wird demnächst für alle Zivil- und Heerespersonen nach dem Inlande durchgeführt werden. Ausgeschlossen sind nur geschlossene marschierende Heereskörper. Auch Vertreter des Roten Kreuzes, des Johanniter- oder Malteserordens müssen sich ihr unterziehen. Post- und Frachtbedingungen unterliegen gegebenenfalls der Nachschau und Untersuchung auf den Bestimmungstationen. Auf wichtigeren Grenzstationen werden besondere Bahnhofsbeamten zur Überwachung des Personen- und Warenverkehrs eingerichtet. Diese Maßnahmen richten sich gegen die unbefugte Mitnahme von Beutestücken, weshalb es sich empfiehlt, über den rechtmäßigen Erwerb eine Quittung mitzunehmen.

Gegen die hohen Brotpreise

in Berlin schreibt der „Lokalanzeiger“:

In Breslau hat die Polizeibehörde als Preis für ein Pfund Kriegsbrot 17 Pfg. festgesetzt. Für das Herzogtum Anhalt hat die Regierung bestimmt, daß ausschließlich Zwei-Kilo-Brote gebaden werden dürfen und den Preis dafür allgemein auf 65 Pfg. festgesetzt. Sie ging dabei von der Erwägung aus, daß den Bäckern für den Minderverbrauch von Mehl und damit auch für ihren Mindererwerb eine gewisse Entschädigung zubilligt werden müsse, und sie hat deshalb den bisherigen Brotpreis von 60 Pfg. um 5 Pfg. erhöht. Dagegen sind die Preise für Kriegsbrot in Groß-Berlin bisher wesentlich höher und vor allen Dingen ganz außerordentlich verschieden bemessen. Die Berliner Bäcker haben sich dahin entschlossen, das Zwei-Kilo-Brot unter keinen Umständen billiger als für 90 Pfg. abzugeben, aber dieser Preis ist, besonders in den wohlhabenden Gegenden, bereits auf 95 Pfg. und stellenweise sogar auf 1 Mk. erhöht worden. Da aber ein gut Teil Brot auch von auswärts nach Berlin eingeführt wird, so gibt es andererseits auch Zwei-Kilo-Brote für 80 Pfg. zu kaufen. Das sind Preisunterschiede, die durch die verschiedenen hohen Aufkosten des einzelnen Bäckers nicht erklärt und gerechtfertigt werden können, um so weniger, als je sämtlichen Bäckern das Mehl von der Regierung zu einem Einheitspreis zur Verfügung gestellt wird. Es ist selbstverständlich, daß die großstädtische Bevölkerung nicht auf die Dauer fast um die Hälfte höhere Brotpreise zahlen kann, als sie in anderen, unter denselben Bedingungen lebenden Teilen des Reiches gefordert werden. Sollte sich auf dem Wege der freien Vereinbarung eine Ermäßigung der Brotpreise in Berlin und anderen Großstädten nicht erreichen lassen, so wird nichts übrig bleiben, als dem einheitlichen Brotpreis auch den Einheitspreis für Brot folgen zu lassen.

Nach einer Statistik, die die Berliner Bäckerzwangsinnung aufgenommen hat, haben in Berlin 160 Bäckereien infolge des Krieges bis zum 15. Januar etwa 150 Bäckereien ihre Pforten schließen müssen. Am stärksten betroffen sind die Stadtteile Wedding, Moabit und der Osten. In den 16 Berliner Vororten, die der Innung angeschlossen sind, gingen rund 150 Bäckereien ein.

Agrarische Wünsche.

Eine Vorstandstagung der Westfälischen Landwirtschaftskammer in Münster sprach sich scharf dagegen aus, daß man jetzt, nachdem den Landwirten das Getreide genommen sei, Anregungen von gewisser Seite folge und die Getreidepreise erhöhe. Eine solche Maß-

